



*zurückgezogen*

**Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Landtagsabgeordneten Dr. Matthias TSCHIRF, Dr. Fritz ACIHINGER, Dr. Franz Ferdinand WOLF und Ingrid KOROSEC, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.6.2007 zu Post 9 der Tagesordnung,

**betreffend Durchführung von Ausgliederungen bei gleichzeitiger Sicherung parlamentarischer Kontrollmechanismen und Kontrollrechte**

Viele Beispiele auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene belegen, dass durch Ausgliederungen kommunaler Aufgabenbereiche wesentliche Kosten- und Synergieeffekte erzielt werden können und gleichzeitig das Spektrum an Service- und Dienstleistungsangeboten für den Bürger optimiert und ausgeweitet werden kann. Auf Grund dieser bisherigen Erfahrungen ist es im Fall von Wien grundsätzlich sinnvoll weitere Ausgliederungen zu prüfen und gegebenenfalls vorzunehmen.

Ausgliederungen dürfen jedoch nicht zu einem Verlust der parlamentarischen Kontrolle führen. Ein transparenter Einblick in die Abläufe ausgegliederter Unternehmungen und die Möglichkeit zur Hinterfragung einzelner Arbeitsweise muss auch weiterhin gewährleistet sein.

Im Fall des Landes Wien wurden in den letzten Jahren ebenfalls Ausgliederungen vorangetrieben und diese mit den bereits angeführten Kosten- und Synergieeffekten begründet. Wie das Beispiel des Fonds Soziales Wien jedoch zeigt ging mit der Ausgliederung ein Verlust an parlamentarischer Kontrolle bzw. an parlamentarischen Mitspracherechten einher.

Ausgliederungen können jedoch nur dann die erwünschten wirtschaftlichen, organisatorischen und servicebedingten Effekte erzielen wenn eine umfassende, transparent gehaltene Kontrolle durch die jeweiligen parlamentarischen Gremien und die jeweils dort vertretenen Parteien gewährleistet ist.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Landtag möge beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus in allen Bereichen der Landes- und Gemeindeverwaltung den Prozess der betriebswirtschaftlichen Lösungen voranzutreiben und fordert gleichzeitig die zuständigen Stellen des Landes Wien dazu auf, die parlamentarischen Kontrollmechanismen für bereits ausgegliederte Unternehmungen massiv auszuweiten und weitere Ausgliederungen nur dann vorzunehmen, wenn umfassende parlamentarische Kontrollmechanismen gegeben sind.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 28.6.2007

*Stichling* *wlf* *KoroSec*